

2.2 Vorstellung des Direktors des Museums Schnütgen, Herr Dr. Woelk

2.3 Vorstellung des Spielplans der Puppenspiele 2012/2013

3 Kulturbauten

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1 Verwendung der Kulturförderabgabe
Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Ausschuss Kunst und Kultur
am 31.01.2012
0922/2012

4.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. "Städtische Kulturförderung nach Kunstsparten" (AN/1830/2011)
0512/2012

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Personalstelle im Referat für Interkulturelle Kunstprojekte"
AN/0320/2012

5.2 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Kulturveranstaltungen im Autonomem Zentrum in Kalk"
AN/0362/2012

5.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Konsequenzen der vorläufigen Haushaltsführung für die Projektförderung Kultur"
AN/0374/2012

5.4 Anfrage des sachkundigen Einwohners Thor Zimmermann (DEINE FREUNDE) betreffend "Wissenschaftlicher Beirat der Archäologischen Zone / Jüdisches Museum"
AN/0376/2012

6 Schriftliche Anträge

7 Allgemeine Vorlagen

7.1. Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln
4986/2011

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu TOP 7.1, Vorlage 4986/2011
„Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln“
AN/0300/2012

- 7.2 Bürgerhaushalt 2012 - Beratung über die Umsetzung der Vorschläge
0179/2012
- 7.3 Aufstellung der Steinskulptur "In die Zukunft horchend", des Künstlers Michael Schwarze vor der Kunsthandlung Goyert, Hahnenstr. 18 auf dem dortigen Gehweg
hier: Verlängerung der Erlaubnis zur Aufstellung der Skulptur
0492/2012
- 7.4 Projekt "HEIMat ist um die Ecke", Installation im öffentlichen Raum
0539/2012
- 7.5 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom 01.10.2012 bis 30.09.2015 zzgl. einer einjährigen Verlängerungsoption
0507/2012
- 8 Sonderausstellungen**
- 8.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen
0527/2012
- 9 Annahme von Schenkungen**
- 9.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt "Röggelchen" des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord
2974/2011
- 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 10.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen
hier: Museum Ludwig, Rautenstrauch-Joest-Museum, Museum für Angewandte Kunst und Kölnisches Stadtmuseum
0525/2012
- 11 Mitteilungen der Verwaltung**
- 11.1 Weitere Nutzung des Gebäudes Ubierring 45
0277/2012
- 11.2 Kulturentwicklungsplanung für Köln
Berichterstattung für 2010 und 2011
0280/2012

- 11.3 Unterschutzstellung des Museums für Ostasiatische Kunst, Universitätsstr.
100, Köln-Neustadt/Süd
0447/2012
- 11.4 Geschäftsordnung des Tanzbeirates
0765/2012
- 11.5 Herrichtung der Orangerie, Volksgarten 25, 50677 Köln
hier: Stellungnahme der Verwaltung
0840/2012
- 11.6 Bilanz zum 2. Kölner Elternkongress im Rautenstrauch-Joest-Museum
0935/2012
- 11.7 Kooperation der Museen in Bonn, Düsseldorf und Köln
0996/2012

12 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 14 Schwerpunktthemen**
- 15 Schriftliche Anfragen**
- 16 Schriftliche Anträge**
- 17 Allgemeine Vorlagen**
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 Mitteilungen der Verwaltung**
- 20 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Feldversuch StadtLabor, Vorstellung des Teams

Feldversuch "StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum" 1012/2012

Markus Ambach (Künstler, Kurator und Gründer von MAP) und Kay von Keitz (Autor, Kurator und Mitbegründer von plan) stellen das Projekt vor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für den Vortrag. Sie hält es für wichtig, dass die Thematik diskutiert und kommuniziert werde, um eine Erweiterung des Bewusstseins der Öffentlichkeit im Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum herbeizuführen. Dies gelte auch für den Bereich der Stadtentwicklung.

Herr Soénius fragt, ob die Erhebung der Fachhochschule über Kunst im öffentlichen Raum hier mit eingearbeitet worden sei. Außerdem regt er an, das Projekt in der Lenkungsgruppe „Masterplan“ vorzustellen.

Herr von Keitz unterstreicht die Wichtigkeit der Erhebung und betont, dass er diese als Reservoir nutzen wolle. Nach seiner Auffassung müsse diese Grundlage von der Fachhochschule weiter fortgeführt werden. Die Wechselwirkung von Kunst im öffentlichen Raum, Architektur und Städte könne man aus seiner Sicht nicht trennen. Demnach müsse die Einbringung in die Stadtentwicklung und in die Diskussion in der Lenkungsgruppe „Masterplan“ mit einbezogen werden.

Beigeordneter Prof. Quander ergänzt, dass durch die Fachhochschule untersucht worden sei, welche Kunst im öffentlichen Raum sich im Innenstadtbereich befinde, in welchem Zustand diese sei und was man für eine angemessene Pflege tun müsse. Dies beantworte nicht die Frage, wie die Kunst geordnet werde.

Herr Deutsch schlägt vor, den Feldversuch „StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum“ in der Bezirksvertretung Innenstadt vorzustellen.

RM von Bülow regt an, die Mitteilung dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen.

Herr Ambach verweist auf die Anlage zur Mitteilung „Der urbane Kongress“ und lädt zur Mitwirkung ein

Vorsitzende Dr. Bürgermeister befürwortet die entwickelten Grundlinien, um die vorhandene Kunst im öffentlichen Raum zu bewerten. Dadurch werde bekannt, über welche Schätze Köln verfüge und man könne sie hierdurch wieder zum Leben erwecken. Ferner begrüßt sie die Unterstützung der Kulturverwaltung in der Angelegenheit. Sie wünscht dem Team, welches den Feldversuch durchführe, viel Erfolg.

2.2 Vorstellung des Direktors des Museums Schnütgen, Herr Dr. Woelk

Der Direktor des Museums Schnütgen Dr. Woelk stellt sich dem Ausschuss vor und hebt dabei seine geplanten Vorhaben hervor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister möchte nicht versäumen, der bisherigen kommissarischen Leiterin des Museums Schnütgen Dr. Täube für ihre Arbeit zu danken und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem neuen Direktor Dr. Woelk.

Herr Dr. Heinemann möchte wissen, ob die Zusammenarbeit mit der Jesuitenkirche Sankt Peter fortgesetzt werde. Außerdem interessiert ihn der Sachstand bezüglich des Parkplatzes zwischen den beiden Gebäuden. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob der Platz und die Zufahrt von Osten her geschlossen werden könne.

Der Direktor des Museums Schnütgen Dr. Woelk befürwortet eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Sankt Peter und fügt hinzu, dass Kolumba ebenfalls ein wichtiger Partner sei. Im Übrigen würde er es begrüßen, wenn die Zuwege zum Kulturzentrum am Neumarkt grundsätzlich verbessert würden. Er hebt in diesem Zusammenhang die Überquerung der Cäcilienstraße hervor.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erklärt, dass dies bereits im Stadtentwicklungsausschuss thematisiert worden sei. Sie hält es für sinnvoll, wenn dies seitens der Museumsdirektion des Kulturzentrums entsprechend kommuniziert werde.

2.3 Vorstellung des Spielplans der Puppenspiele 2012/2013

Der Leiter des Hännischen-Theaters Malchers stellt den Spielplan der Puppenspiele 2012/2013 vor und reflektiert rückblickend die vergangene Spielzeit.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, den Ausschussmitgliedern den Termin der Veranstaltung auf dem Eisenmarkt per Mail mitzuteilen.

Frau Reinhardt teilt mit, dass diese Veranstaltung in der Vergangenheit stets gut besucht wurde und der Andrang auf dem Eisenmarkt entsprechend hoch gewesen sei.

3 Kulturbauten

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1 Verwendung der Kulturförderabgabe Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion im Ausschuss Kunst und Kultur am 31.01.2012 0922/2012

RM von Bülow verweist auf die Aufstockung des Kulturetats in Höhe von 14,1 Mio. EUR und bittet die Verwaltung, dies näher zu erläutern. Sie möchte insbesondere wissen, wie viele Mittel der Kulturförderabgabe beispielsweise in den Bereich Kunst und Kultur geflossen seien. Die Verwendung der Einnahmen müsse man ihres Erachtens transparenter darzustellen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass dies letztendlich mit der Einbringung des Haushaltes vorgelegt werde und verwaltungsintern geklärt werden müsse.

RM Zimmermann fragt, ob darüber nachgedacht worden sei, nicht umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, wie beispielsweise kleinere Pensionen, von der Zahlung der Kulturförderabgabe zu befreien.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass dies im AVR oder Finanzausschuss eingebracht werden müsse.

Herr Sörries schlägt vor, die Beantwortung zurückzuziehen und mit ausführlicheren Erläuterungen erneut vorzulegen.

Auf Nachfrage von RM Dr. Elster erläutert Beigeordneter Prof. Quander, dass die Aufteilung der Mittel vom Rat beschlossen wurde und das vorläufige Ist-Ergebnis 2011 in der als Anlage beigefügten Tabelle dargestellt sei. Er hebt hervor, dass es für das Jahr 2012 noch keine Beschlusslage gebe.

4.2 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. "Städtische Kulturförderung nach Kunstsparten" (AN/1830/2011) 0512/2012

RM von Bülow bittet darum, die Beantwortung der Anfrage in der nächsten Sitzung zu behandeln.

5 Schriftliche Anfragen

5.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Personalstelle im Referat für Interkulturelle Kunstprojekte" AN/0320/2012

Beigeordneter Prof. Quander antwortet, dass der Stelleninhaber vom 01.04.2012 - 31.03.2013 Sonderurlaub beantragt habe. Es sei vorgesehen, für den genannten Zeitraum eine befristete Lösung zu finden. Bewerbungsschluss für die interne Ausschreibung sei der 10.02.2012 gewesen. Die Vorbereitungen für das interne Auswahlverfahren laufen.

Die Muss-, Soll- und Kann-Kriterien seien dem Ausschreibungstext zu entnehmen. Für eine qualitativ hochwertige Aufgabenwahrnehmung sei nicht zwingend ein eigener Migrationshintergrund erforderlich.

Die Referatsleitung werde von einer 0,25-Stelle Verwaltungsmitarbeitern unterstützt. Eine Aufstockung des Personalanteils bzw. eine darüber hinausgehende Hilfestellung bei der Vorbereitung, Bewilligung und Abrechnung von Projektzuschüssen bedarf einer Bedarfsanalyse der Organisationsverwaltung. Zudem lasse die Haushaltslage Stellenzusetzungen nicht zu.

Die Entscheidung über die geplante Förderung der Kunstprojekte für das 1. Halbjahr 2012 sei getroffen worden. Die Kulturverwaltung erinnert in diesem Zusammenhang an die Neufestlegung der Antragsfristen. Eine Bewilligung und (Teil-)Auszahlung sei aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 82 GO NW im Augenblick nicht möglich. Der enge Handlungsspielraum dieser Norm sowie eine gleichlautende Diskussion dieser Vorschrift im Mai 2010 mit der Kommunalaufsicht habe die Verwaltung dazu veranlasst, bei der Bezirksregierung Köln erneut die Argumente für die Fortsetzung der Künstlerförderung als wichtige Selbstverwaltungsaufgabe vorzutragen. Dies sei zwischenzeitlich schriftlich erfolgt.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern ergänzt, dass man der Kommunalaufsicht bezüglich der Bewilligungen und Auszahlungen von Fördermitteln ein Verfahren angezeigt habe, in dem bezogen auf Einzelfälle geprüft werde, ob die Maßnahme auch durchgeführt werden könne, wenn eine Auszahlung erst nach Verabschiedung des Haushalts erfolgen würde. Sollte dies nicht möglich sein und ein Projekt finde dadurch nicht statt, könne dennoch eine Auszahlung erfolgen. Die Kämmerei und das Rechnungsprüfungsamt seien hierüber in Kenntnis gesetzt worden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt die dargestellte Regelung im Umgang mit den Bewilligungen und Auszahlungen von Fördermitteln.

RM Senol fragt, wann eine Entscheidung betreffend der Personalstelle im Referat für Interkulturelle Kunstprojekte getroffen werde und welche Person für die Besetzung vorgesehen sei.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass er dies noch nicht abschließend sagen könne. Man befinde sich derzeit im Bewerbungsverfahren. Er hebt hervor, dass die Stelle ab dem 1. April vakant sei und schnellstmöglich neu besetzt werde.

**5.2 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Kulturveranstaltungen im Autonomen Zentrum in Kalk"
AN/0362/2012**

Beigeordneter Prof. Quander sagt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

**5.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Konsequenzen der vorläufigen Haushaltsführung für die Projektförderung Kultur"
AN/0374/2012**

Frau Brunn vertritt die Auffassung, dass man im Interesse der kleineren Kulturprojekte grundsätzlich vorausschauender mit der Projektförderung umgehen müsse.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass er die Anfrage in der heutigen Sitzung nicht konkret beantworten könne. Er schlägt vor, die Beantwortung zur nächsten Sitzung schriftlich vorzulegen.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern fügt hinzu, dass ein vorzeitiger Maßnahmebeginn genehmigt worden sei. Erst nachdem mit den Antragstellern kommuniziert wurde, könne man sagen, welcher „Schaden“ entstanden sei. Er macht darauf aufmerksam, dass bisher keine Auszahlungen für Projektförderungen getätigt worden seien.

Herr Kniola fragt ob die Höhe der Auszahlung von Fall zu Fall unterschiedlich sei.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern antwortet, dass die Höhe in allen Fällen bei 25 Prozent liege. Dies gelte bis zum 31. März 2012.

Herr Dr. Wackerhagen möchte wissen, ob die Antragsteller vorab über den Sachstand in Kenntnis gesetzt werden.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern betont, dass man jeden Antragsteller kontaktieren müsse, um die Projektanträge in einer Einzelfallprüfung auf ihre Unverschiebbarkeit zu prüfen. In diesem Zusammenhang werden die Antragsteller entsprechend informiert.

Herr Dr. Wackerhagen schlägt vor, die Antragsteller über die Änderung der Rechtslage zu informieren.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstützt den Vorschlag und unterstreicht, dass im Kulturbereich hauptsächlich Projekte der freien Szene betroffen seien. Sie bedauert, dass der hierzu beschlossene Ratsantrag nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt habe.

RM Dr. Elster fragt nach den Konsequenzen für die einzelnen Projekte, wenn die Regelung von 25 Prozent umgesetzt werde.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern stellt klar, dass es sich bei den 25 Prozent um den Gesamtansatz zur Förderung von Projekten für ein Quartal handele und nicht um 25 Prozent der Antragssumme eines einzelnen Projektes.

RM von Bülow weist darauf hin, dass ihre Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion zu diesem Thema einen Antrag zur Ratssitzung am 27.03.2012 gestellt habe. Sie fragt nach der Möglichkeit, die vom Kulturamtsleiter dargestellte Regelung auch für das zweite Quartal mit zu bearbeiten.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die Regelung bis zum Erlass der Haushaltssatzung gelte und somit das zweite Quartal abgedeckt sei.

Auf Nachfrage von Herrn Deutsch erklärt Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern, dass bezüglich der Finanzierung des zweiten Halbjahres keine Gefahr bestehe, wenn der Haushalt keine besonderen Einschnitte vorsehe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass sich eine solche Situation für die Projektförderung Kultur nicht wiederholen dürfe. Es sei wichtig, künftig frühzeitig eine einvernehmliche Lösung zu finden, die rechtskonform sei und ebenso den Bedürfnissen einer Kulturstadt wie Köln entspreche.

5.4 Anfrage des sachkundigen Einwohners Thor Zimmermann (DEINE FREUNDE) betreffend "Wissenschaftlicher Beirat der Archäologischen Zone / Jüdisches Museum" AN/0376/2012

Beigeordneter Prof. Quander zeigt sich verwundert über die nicht mit der Stadt Köln abgestimmte Pressemitteilung des LVR in der es unter anderem heiße, dass die Besetzungsvorschläge des LVR für die Arbeitsgruppen sowie den wissenschaftlichen Beirat im Rahmen des Projektes 'Archäologische Zone und Jüdisches Museum Köln' durch die Stadt Köln in vollem Umfang zu akzeptieren und umzusetzen seien. Er erläutert hierzu, dass der wissenschaftliche Beirat eine Vereinbarung zwischen der Stadt Köln und des Landes NRW zur Begleitung des Unternehmens sei, wozu eine Geschäftsordnung erlassen wurde. Diese schreibe fest, dass der Beirat aus bis zu zwölf Mitglieder bestehe. Momentan gebe es sechs Vertreter des Landes und fünf seitens der Stadt Köln. Dies hänge damit zusammen, dass die Stelle des Direktors des Römisch-Germanischen Museums noch nicht wiederbesetzt sei. Es sei nun mit dem Land vereinbart worden, den freien Platz im wissenschaftlichen Beirat dem LVR zur Verfügung zu stellen. Im Übrigen verweist er auf die Mitteilung aus der vergangenen Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur.

RM Zimmermann fragt, ob es einen Dissens zwischen einem Vorschlag des LVR, der Stadt Köln und dem Projektleiter gebe.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass es hier um einen externen Wissenschaftler gehe, der zu einer Arbeitsgruppe entsandt werden sollte, die noch nicht installiert sei. Die Stadt Köln habe ihrerseits auch noch keinen Vorschlag gemacht. Er hebt hervor, dass man sich an das einvernehmlich mit dem LVR verabredete Verfahren halte.

RM Peil zeigt auf, dass die Verärgerung beim LVR relativ groß sei. Es sei der Eindruck entstanden, dass nicht konstruktiv verhandelt werde. Nach seiner Auffassung sei dies keine gute Verhandlungsbasis.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass seitens ihrer Fraktion ein großes Interesse an einer einvernehmlichen Lösung bestehe.

6 Schriftliche Anträge

7 Allgemeine Vorlagen

7.1 Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln

4986/2011

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zu TOP 7.1, Vorlage 4986/2011
„Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln“
AN/0300/2012**

RM Senol erläutert den Änderungsantrag ihrer Fraktion und ergänzt, dass für die Bezirksschülervertretung ebenfalls nicht ersichtlich sei, warum von Schülerinnen und Schülern eine Gebühr gezahlt werden soll. Die Stadt Köln müsse die Nutzung des Stadtarchivs noch mehr unterstützen und weiterhin fördern. Es sei ihr unverständlich, warum alle Nutzergruppen gleichgestellt werden sollen.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes erkundigt sich nach den Kosten der Maßnahme.

Herr Soénius begrüßt den Wegfall des Eintritt-Entgeltes, empfiehlt jedoch in § 1, Entgelte für Auskünfte und Benutzungen des Archivs, die alte Regelung für Auskünfte und Bereitstellung von Unterlagen, die Nachforschungen in Archivbeständen und Archivbehelfen erfordern, je angefangene Stunde eine Gebühr zu erheben, beizubehalten.

Frau Friedlaender fragt, ob es häufig vorkomme, dass Schülerinnen und Schüler länger als eine halbe Stunde recherchieren und ob sich demnach eine Sonderregelung lohne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstützt die kostenneutral gestaltete neue Benutzungs- und Entgeltordnung und hofft, dass dadurch der Weg in ein offenes und lebendiges Bürgerarchiv geebnet werde. Sie fragt, inwieweit die Neufassung mit den Nachlassgebern abgestimmt worden sei. Außerdem erwähnt sie, dass die wissenschaftliche Tätigkeit auf der Basis der Archivalien angeregt werden soll. Sie hält es für sinnvoll, eine Lösung zu finden, die sicherstelle, dass die Forschungsergebnisse später zur Verfügung gestellt werden.

RM Dr. Elster fragt, wie viele Auskünfte und Recherchen länger als 30 Minuten dauern. Außerdem möchte er wissen, über welchen Kostenfaktor man bezüglich des Änderungsantrages rede. Im Übrigen geht er davon aus, dass lediglich aufwendige Recherchen etwas kosten.

Die Leiterin der Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia weist darauf hin, dass auch mit der Neufassung der Entgeltordnung weiterhin möglich sei, eine Schülerinnen- und Schüler-, Qualifikations- oder Facharbeit mit Archivgut ohne jeglichen Kostenaufwand bei der Archivnutzung zu erstellen: Die Nutzung des Lesesaals und der Archivalienabbildungen im Internet seien nach der Neufassung entgeltfrei.

Sie führt weiter aus, dass die Beratung, die als Hinführung zu den Quellen diene, für die erste halbe Stunde ebenfalls entgeltfrei sei und Rückfragen bei der Lesesaalaufsicht nicht als solche berechnet werden. Hiermit bestehe in der Regel genügend kostenlose Beratungszeit, um ein fachgerechtes Arbeiten und ein Auffinden der Quellen zu ermöglichen. Zudem seien die Findmittel mittlerweile frei zugänglich im Internet verfügbar, sodass eine Recherche unabhängig von einer Beratung durchgeführt wer-

den könne. Für die Verwendung von Reproduktionen (z.B. in Dissertationen) werden nach der Neufassung keine Entgelte mehr erhoben. Eine Ausnahme stellen jedoch die Rechte Dritter dar. Für einen Großteil der Arbeiten reichen die frei im Internet zugänglichen Reproduktionen aus. Dies sei jedoch in den meisten Fällen für die Erstellung eines graphisch anspruchsvollen Buches nicht ausreichend und es müsse eine entgeltpflichtige höherwertige Reproduktionen erzeugt werden. Diese Entgelte machen aber nur einen verschwindend geringen Teil der Kosten aus, die bei einem Buchprojekt anfallen.

Sie zeigt auf, dass die Angebote der Archivpädagogik des Historischen Archivs grundsätzlich entgeltfrei seien. Darunter fallen Seminare oder Veranstaltungen für Schulklassen, Schülergruppen und Hochschulseminare.

Sie erläutert weiter, dass man sich bei der Entgeltordnung weitgehend am Landesarchivgesetz NRW orientiert habe und alle Nutzer gleichstellen wolle. Sie betont außerdem, dass die Interessen der Depositare und Nachlassgeber bei der Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung berücksichtigt worden seien. Allerdings könne hierbei nicht jeder einzelne Vertrag berücksichtigt werden. Sie unterstreicht, dass die vereinbarten Schutzfristen weiterhin gelten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister ist der Auffassung, dass sich somit der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.Köln erledigt habe.

Die Leiterin der Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia stimmt dem zu und betont, dass dies keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen habe.

Herr Deutsch macht darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag eigentlich keinen konkreten Wortlaut zu einer Änderung enthält.

RM Senol erklärt, dass ihre Fraktion beantrage, dass Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten auch künftig von Gebühren für Auskünfte, Beratungen und Vorbereitungen von Archivalien freigestellt werden. Demnach sei der Punkt 2 des Paragraphen 1 „Entgelte für Auskünfte und Benutzungen des Archivs“ entsprechend zu ändern.

Die Leiterin der Historischen Archivs Dr. Schmidt-Czaia weist darauf hin, dass dies in § 1 Absatz 6 bereits enthalten sei und praktisch nicht zur Anwendung käme.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, dies im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zu präzisieren und den Änderungsantrag für den Ausschuss Kunst und Kultur formal zurückzuziehen und gegebenenfalls in den nachfolgenden Gremien einen anders formulierten Antrag zu stellen.

Die Fraktion Die Linke.Köln zieht den Änderungsantrag zurück.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt die Neufassung der Entgeltordnung des Historischen Archivs der Stadt Köln sowie der Benutzungsordnung für das Historische Archiv der Stadt Köln in den zu diesem Beschluss paraphierten Fassungen (Anlagen 1 und 2).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2 Bürgerhaushalt 2012 - Beratung über die Umsetzung der Vorschläge 0179/2012

RM von Bülow macht darauf aufmerksam, dass in der letzten Sitzung gefordert worden sei, die Vorschläge seitens der Verwaltung zu priorisieren und mit möglichen Finanzierungen zu unterlegen. Dies sei noch nicht erfolgt und deshalb schlägt sie vor, den Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen, jedoch vor den Haushaltsplanberatungen im Ausschuss Kunst und Kultur erneut zu behandeln. Im Übrigen bezweifelt sie, dass der Ausschuss Kunst und Kultur für alle hier aufgelisteten Themen zuständig sei.

Herr Zimmermann fragt, ob man die geplanten Sparvorschläge, die den Kulturbereich betreffen, dem Ausschuss Kunst und Kultur nachrichtlich und mit einer Bewertung zur Verfügung stellen könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstützt die Ausführung von RM von Bülow und fügt hinzu, dass eine pointierte Bewertung bezüglich der Kultur hilfreich sein könne. Sie macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass man hierfür keine Haushaltsmittel eingesetzt habe und deshalb anders mit dem Thema Bürgerhaushalt umgehen müsse, als in den Jahren zuvor.

Beigeordneter Prof. Quander sagt zu, dies entsprechend weiterzuleiten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur verweist die Beschlussvorlage mit der Bitte um ergänzende Erläuterungen durch die Verwaltung in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.3 Aufstellung der Steinskulptur "In die Zukunft horchend", des Künstlers Michael Schwarze vor der Kunsthandlung Goyert, Hahnenstr. 18 auf dem dortigen Gehweg hier: Verlängerung der Erlaubnis zur Aufstellung der Skulptur 0492/2012

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Kunsthandlung Goyert, Hahnenstr.18, 50667 Köln, die für die Aufstellung der Steinskulptur mit dem Titel „In die Zukunft horchend“ des Künstlers Michael Schwarze auf dem Gehweg unmittelbar vor der Kunsthandlung Goyert bis zum 31.03.2012 bestehende Erlaubnis unbefristet bis auf Widerruf zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt.

Anmerkung:

Der Ausschuss Kunst und Kultur schließt sich damit dem Votum des Kunstbeirates an.

7.4 Projekt "HEIMat ist um die Ecke", Installation im öffentlichen Raum 0539/2012

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt der Bezirksvertretung Innenstadt die Annahme folgenden Beschlusses:

Die Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) beauftragt die Verwaltung, dem Künstler Joachim Knobloch und der Pfarrgemeinde St. Gereon die zur Realisierung des in der Anlage 1 dargestellten temporären (01. – 31.07.2012) Projekts „HEIMat ist um die Ecke“ notwendigen Genehmigungen nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zeitnah zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.5 Bedarfsprüfung, Einleitung eines Vergabeverfahrens und Abschluss eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen für die Zeit vom 01.10.2012 bis 30.09.2015 zzgl. einer einjährigen Verlängerungsoption 0507/2012

Herr Sörries verweist auf die Anmerkung des RPA, dass die Verlängerung des Vertrages nur auf einseitige Option seitens der Stadt möglich sein dürfe. Dies sei in der Vorlage nicht entsprechend beschrieben.

Die Leiterin der Stadtbibliothek Dr. Vogt erklärt, dass dieser Eintrag inzwischen geändert und in der Begründung der Beschlussvorlage im ersten Absatz eingearbeitet worden sei.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zweck des Abschlusses eines Rahmenvertrages über die Abwicklung der Fortsetzungsverwaltung für die Stadtbibliothek Köln und andere städtische Dienststellen eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Sonderausstellungen

8.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen 0527/2012

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass es grundsätzlich zu den Aufgaben der Museen gehöre Sonderausstellungen durchzuführen, um Publikum

anzuziehen. Allerdings befinde man sich in der vorläufigen Haushaltsführung und deshalb möchte sie wissen, wie viel Prozent der geplanten Ausstellungsmittel verausgabt seien, wenn man der Beschlussvorlage zustimme und die Dringlichkeitsentscheidung (siehe TOP 10.1) genehmige.

Beigeordneter Prof. Quander zeigt auf, dass in der Sammelaufstellung einige aufgeführte Ausstellungen noch nicht nachfinanziert seien. Ansonsten sei der mit dem Doppelhaushalt gekürzte Sonderausstellungsetat in Höhe von rd. 692.500 EUR mit den ausgewiesenen Ausstellungen, einschließlich der per Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigenden Sonderausstellungen, ausdisponiert.

Auf Nachfrage von Herr Sörries erläutert Museumsreferent Troost, dass die Ausstellung „Claes Oldenburg“ ausfinanziert sei. Er weist darauf hin, dass bei einer Änderung der Finanzierung und der Drittmittel ab 10.000 EUR erneut ein Beschluss des Ausschusses Kunst und Kultur herbeigeführt werden müsse.

RM Möller fragt nach Soll/Ist-Vergleichen an denen man nachvollziehen könne, inwieweit die Sonderausstellungen tatsächlich mit +/- 0 EUR auskommen.

Museumsreferent Troost verweist in diesem Zusammenhang auf die nunmehr vorgelegten Quartalsberichte, die eine Bilanz der Sonderausstellungen beinhalten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister wirft ein, dass der Ausschuss darüber informiert werden wolle, inwieweit die geplanten Zahlen mit den tatsächlichen Zahlen übereinstimmen.

Museumsreferent Troost schlägt vor, künftig am Ende der Sammelvorlage eine entsprechende tabellarische Übersicht der durchgeführten Sonderausstellungen einzuarbeiten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur ist damit einverstanden.

RM Möller fragt, warum bei den Sonderausstellungen des Römisch-Germanischen Museums keine Landesfördermittel ausgewiesen seien.

Der stellvertretende Direktor des Römisch-Germanischen Museums Dr. Trier erläutert, dass es für die Sonderausstellung U-Bahn-Archäologie keine Landesförderung gebe. Allerdings habe man hierfür eine Reihe von Sponsoren gewinnen können.

Herr Deutsch meldet angesichts der Haushaltssituation Beratungsbedarf an. Er verweist in diesem Zusammenhang auf einen Prüfbericht über die Abrechnung von Sonderausstellungen, der dem Ausschuss nicht vorliege und zu berücksichtigen sei.

RM Peil regt an, eine mittelfristige Finanzplanung für die Sonderausstellungen anzustreben.

Beigeordneter Prof. Quander hält dies für sinnvoll, räumt jedoch ein, dass Sonderausstellungen mit Leihgaben aus aller Welt einen Planungsvorlauf haben, der nicht mit den Haushaltsjahren identisch sei. Im Übrigen könne lediglich das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud als Eigenbetrieb einen erwirtschafteten Überschuss verausgaben bzw. Wenigereinnahmen ausgleichen. Bei den übrigen Museen sei dies nicht gegeben. Bezüglich der angenommenen Besucherzahlen erklärt er, dass es sich hierbei um Schätzungen handele.

Museumsreferent Troost ergänzt, dass man beispielsweise Transporte der Leihgaben europaweit ausschreiben müsse. Dies gelte auch für Versicherungen.

Herr Deutsch fragt, warum es Sonderausstellungen gebe, die während ihres Laufens per Dringlichkeitsentscheidung genehmigt werden.

Frau Friedlaender möchte wissen, wie die geschätzten Zahlen zu Stande kommen.

Frau Reinhardt fragt nach dem wirtschaftlichen Schaden der Stadt Köln, wenn man die Alternative beschließen würde. Eigentlich müsse man beispielsweise die Kaufkraft oder einzelne Übernachtungen von Besuchern mit berücksichtigen. Sie hält Zahlen und Fakten in diesem Zusammenhang für sinnvoll.

RM Jung weist auf den im Rechnungsprüfungsausschuss beschlossenen Prüfbericht zum Thema Sonderausstellungen hin und fügt hinzu, dass dieser in der nächsten Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur behandelt werde.

Museumsreferent Troost erläutert, dass man bei den Sonderausstellungen, die per Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen seien, keine lange Vorlaufzeit benötige. Zu den Besucherzahlen erklärt er, dass das Museum Ludwig beispielsweise Kombitickets ausgabe. Deswegen lasse sich der Einnahmeanteil einer Sonderausstellung nicht genau ablesen. Er weist ferner darauf hin, dass die sonstigen Zuschüsse, die man erhalte, oftmals ein Mehrfaches von dem seien, was die Stadt Köln an Ausstellungsetat einsetze.

Beigeordneter Prof. Quander hält den Hinweis von Frau Reinhardt für berechtigt, bedauert jedoch, dass die hierfür notwendigen Daten nicht vorliegen. Er weist in dieser Angelegenheit auf die Untersuchung eines wissenschaftlichen Instituts in Wien hin, in der diese Fragen behandelt worden seien. Eine entsprechende Erhebung könne er sich für Köln gut vorstellen. Er sagt zu, die Kosten für eine solche Datenerhebung zu prüfen und macht darauf aufmerksam, dass dies in Mannheim im Zusammenhang mit der Stauer-Ausstellung durchgeführt worden sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hebt abschließend hervor, dass eine mittelfristige Finanzierung im Zusammenhang mit dem Sonderausstellungsetat erstrebenswert sei.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Verwendung der Mittel für die in Anlage 1 im Einzelnen aufgeführten Ausstellungsprojekte unter dem Vorbehalt, dass Maßnahmen, bei denen Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10 %, mindestens jedoch 10.000 € auftreten, zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Annahme von Schenkungen

9.1 Schenkungsannahme für das Kunstobjekt "Röggelchen" des Künstlers Cornel Wachter Köln-Altstadt/Nord 2974/2011

Vorsitzende Dr. Bürgermeister verweist in der Angelegenheit auf das Protokoll des Kunstbeirates und schlägt vor, diesem Votum zu folgen.

Herr Dr. Soénus begrüßt grundsätzlich die Initiative und befürwortet die Prüfung eines anderen Standortes für das Kunstobjekt. Dies müsse auch mit der Bezirksvertretung Innenstadt geklärt werden.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet die Verwaltung dies entsprechend zu kommunizieren.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Empfehlung des Kunstbeirates der Bezirksvertretung Innenstadt vorliege.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat beschließt aufgrund des derzeit laufenden Feldversuchs in Vorbereitung auf das "StadtLabor" für Kunst im öffentlichen Raum in Köln und aufgrund der sich in der Vorbereitung befindlichen Umbaumaßnahmen der Zeughausstraße und der geplanten Sanierung und Erweiterung des Kölnischen Stadtmuseums, vorläufig auf die Aufstellung zu verzichten und nimmt die Schenkung nicht an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Ausschuss Kunst und Kultur schließt sich damit dem Votum des Kunstbeirates an.

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**10.1 Genehmigung der Mittelverwendung für Sonderausstellungen der Museen
hier: Museum Ludwig, Rautenstrauch-Joest-Museum, Museum für Angewandte Kunst und Kölnisches Stadtmuseum
0525/2012**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Mittelverwendung für die in der Anlage aufgeführten vier Sonderausstellungsprojekte unter dem Vorbehalt, dass Maßnahmen, bei denen Kostensteigerungen oder Abweichungen bei der Refinanzierung der einzelnen Ausstellungen von mehr als 10%, mindestens jedoch 10.000 € auftreten, zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden.

Museum Ludwig

Yvonne Rainer, Zeitraum vom 28. April bis 29. Juli 2012

Rautenstrauch-Joest-Museum

Rama und Sita, Zeitraum vom 21. April bis 21. Oktober 2012

Museum für Angewandte Kunst

Von Aalto bis Zumthor, Zeitraum vom 16. Januar bis 22. April 2012

Kölnisches Stadtmuseum

Zur Sache Schätzchen, Zeitraum vom 17. März bis 10. Juni 2012

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Weitere Nutzung des Gebäudes Ubierring 45 0277/2012

Herr Deutsch weist darauf hin, dass bereits vor geraumer Zeit eine Machbarkeitsstudie und eine Kostenermittlung seitens der Verwaltung vorgelegt werden sollte. Er fragt, warum dies noch nicht geschehen sei.

RM von Bülow möchte wissen, warum inzwischen das Schuldezernat in der Sache die Federführung übernommen habe. Außerdem interessiert sie der Zeitrahmen der gesamten Maßnahme.

Schulamtsleiterin Kirsch berichtet, dass der Stadtvorstand Anfang des vergangenen Jahres ein Verfahren beschlossen habe, wie mit der Angelegenheit umzugehen sei und welches Dezernat welche Aufgabe übernehme. Es sei zudem vorgesehen, dass beide potenziellen Bewerber ein gemeinsames Nutzungskonzept entwickeln und vorstellen. Auf dieser Grundlage könne die Gebäudewirtschaft eine aktuelle Kostenermittlung aufstellen und die Kämmerei im Anschluss daran eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellen. Sie weist außerdem auf ein Bodengutachten hin, welches eine genauere Untersuchung der Statik des Gebäudes verlange. Deshalb sei eine erneute Kostenschätzung notwendig. Außerdem spiele dies für das Raumnutzungskonzept eine erhebliche Rolle.

RM Zimmermann fragt, ob eine gemeinsame Nutzung der beiden Bewerber zwingend notwendig sei. Außerdem möchte er wissen, wann die Rheinische Musikschule die jetzigen Räumlichkeiten verlassen müsse. In diesem Zusammenhang schlägt er vor, die Rheinische Musikschule gegebenenfalls an einem anderen Standort unterzubringen. Er nennt als Beispiel das Helios-Gelände.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erinnert, dass es sich bei der Mitteilung der Verwaltung um einen Sachstandsbericht handle, den der Ausschuss lediglich zur Kenntnis nehmen müsse.

Herr von Rautenstrauch bedauert, dass sich in der Angelegenheit nichts tue. Er ist außerdem der Auffassung, dass die Federführung beim Kulturdezernat liegen müsse. Das Gebäude sei schließlich als Museum gebaut und der Stadt Köln als Kulturbau geschenkt worden.

RM Peil befürwortet die kulturelle Nutzung des Gebäudes und macht darauf aufmerksam, dass noch nicht feststehe, ob die beiden Bewerber dort einziehen. Dies hänge unter anderem mit wirtschaftlichen Gründen zusammen. Er regt an, zunächst die grundsätzlichen Kosten zu ermitteln und parallel über die Nutzerfrage nachzudenken.

Herr Deutsch pflichtet dem bei und fügt hinzu, dass er den Eindruck habe, die Verwaltung zäume das Pferd von hinten auf. Es müsse zunächst festgestellt werden, welche Möglichkeiten es für die Nutzung des Gebäudes gebe. Dies gelte auch für den baulichen Zustand des Hauses.

RM Dr. Elster vermutet, dass innerhalb der Verwaltung widerstrebende Interessen vorhanden seien, die man nicht ausgleichen könne. Hier müsse nach seiner Auffassung der Oberbürgermeister eingreifen. Ansonsten werde dieses Projekt scheitern.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes regt an, den Baudezernenten zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, damit er entsprechende Informationen zum Gebäude Ubierring 45 vorträgt.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hebt hervor, dass die bauliche Grundlagenermittlung vorangetrieben werden müsse. Sie hofft, dass alle beteiligten Dezernate möglichst bald konkretere Ergebnisse vorlegen und man in der Sache in größeren Schritten vorankomme.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.2 Kulturentwicklungsplanung für Köln Berichterstattung für 2010 und 2011 0280/2012

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bemerkt, dass die Berichterstattung Fakten aufzähle, die aus Sicht ihrer Fraktion einer nicht ganz nachvollziehbaren Problematik folge. Sie habe eigentlich eine Evaluation des Kulturentwicklungsplanes für Köln erwartet und unterstreicht, dass sie in der Mitteilung Strategien, Schwerpunktsetzung und einen perspektivischen Ausblick vermisse. Außerdem erinnert sie an den Beschluss, einen Kulturbericht im Zusammenhang mit dem Kulturentwicklungsplan vorzulegen.

RM von Bülow schließt sich dem an und fügt hinzu, dass im Ratsbeschluss zum Kulturentwicklungsplan ebenfalls vermerkt worden sei, dass zu dessen Weiterentwicklung regelmäßige Gespräche mit der Kulturszene durchzuführen seien. Sie kritisiert, dass dies in der vorliegenden Berichterstattung keine Berücksichtigung gefunden habe. Außerdem habe die Vernetzung der institutionsfreien Szene nicht in dem Maßstab stattgefunden, wie dies ursprünglich angedacht gewesen sei. Sie fragt abschließend, wie die Verwaltung weiter mit dem Kulturentwicklungsplan umgehen wolle.

RM Dr. Elster weist die Kritik seiner Vorredner zurück und begrüßt die vorliegende erste Berichterstattung. Allerdings sei es aus seiner Sicht wünschenswert, wenn die Zusammenfassung der Daten und Fakten künftig etwas transparenter dargestellt werde. Im Übrigen macht er auf einige Ratsbeschlüsse aufmerksam, die dem Kulturentwicklungsplan jedoch entgegenwirken. Er nennt in diesem Zusammenhang die Sparte Tanz.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass der Kulturentwicklungsplan grob gesehen aus zwei Teilen bestehe. Im allgemeinen Teil seien Ziele, Zielsetzungen, übergreifende Themen, Verfahren und eine finanzielle Zielmarke beschrieben worden. Der andere Teil befasse sich mit konkreten Maßnahmen. Er weist erneut darauf hin, dass sich die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans in einer extrem schwierigen Phase befinde, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst worden sei. Die meisten Maßnahmen im Kulturentwicklungsplan seien in einem Gesamtkontext oder auf einen Mittelzuwachs ausgerichtet worden und wegen der allgemeinen Finanzsituation teilweise nicht umsetzbar. Er macht deutlich, dass es sich bei der vorliegenden Mitteilung um eine Berichterstattung und keine Evaluation handle. Hier werde über das informiert, was in den einzelnen Handlungsfeldern bisher umgesetzt worden sei. Im Übrigen müsse eine Evaluierung beauftragt werden, um ein seriöses und diskussionswürdiges Ergebnis zu erhalten. Dies könne seitens der Kulturverwaltung nicht geleistet werden.

Er berichtet weiter, dass es Gesprächsforen mit einzelnen Teilgruppen und Vertretern der freien Kulturszene gegeben habe, in der die nächsten Verfahrensschritte verabredet worden seien. Ebenso werde es Gespräche mit dem Kulturrat geben. Allerdings sei festgelegt worden, zunächst die Diskussion im Ausschuss Kunst und Kultur abzuwarten.

Bezüglich der Kulturberichte macht er zunächst darauf aufmerksam, dass in der vorliegenden Mitteilung der aktuelle Sachstand festgehalten sei und sagt zu, den Kulturbericht künftig wieder ins Verfahren aufzunehmen und turnusmäßig vorzulegen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister unterstreicht, dass die Wahrnehmung und die Entwicklung der Kulturstadt Köln durchaus positiv zu bewerten sei. Dies gelte auch für den Vergleich mit anderen Kommunen und insbesondere, wenn man die grundsätzliche Lage, in der sich die Stadt Köln befindet, betrachte. Im Übrigen sei der Kulturentwicklungsplan eine Art Folie, die immer wieder überprüft werden müsse. Hierbei sei insbesondere die Weiterentwicklung zu betrachten. Außerdem widerspricht sie der Aussage des Kulturdezernenten, dass die Kulturverwaltung sich nicht evaluieren könne. Dies sei aus ihrer Sicht im Falle des Kulturentwicklungsplanes durchaus möglich.

RM Peil macht noch einmal deutlich, dass die Berichterstattung in keiner Weise kritisiert worden sei. Es sei jedoch wichtig zu erfahren, welche Ziele wurden mit welchen Maßnahmen und in welchem Umfang erreicht und wie könne man fortfahren.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil übernimmt die Sitzungsleitung.

11.3 Unterschutzstellung des Museums für Ostasiatische Kunst, Universitätsstr. 100, Köln-Neustadt/Süd 0447/2012

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.4 Geschäftsordnung des Tanzbeirates 0765/2012

Herr Dr. Wackerhagen weist darauf hin, dass der Tanzbeirat aus vier stimmberechtigten Mitgliedern bestehe und dadurch ein Beschluss mit Stimmenmehrheit nicht immer möglich sei. Er fragt, was in einer Pattsituation geschehe.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern macht darauf aufmerksam, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mit dem Tanzförderkonzept so beschlossen worden sei. Im Theaterbeirat sei es beispielsweise so, dass bei Stimmengleichheit der Kulturdezernent entscheide.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil schlägt vor, zunächst abzuwarten und im Zweifelsfalle dies bei einer Neuauflage der Geschäftsordnung des Tanzbeirates zu berücksichtigen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.5 Herrichtung der Orangerie, Volksgarten 25, 50677 Köln hier: Stellungnahme der Verwaltung 0840/2012

Herr Dr. Wackerhagen möchte wissen, ob die Verwaltung die Orangerie auch als Spielstätte erhalten wolle. Aus seiner Sicht sei dies für die Kölner Tanz- und Theaterszene enorm wichtig.

Kulturamtsleiter Dr. Schmidt-Werthern erklärt, dass man versuche die Genehmigung des Bauaufsichtsamtes zu bekommen, die Orangerie als Spielstätte zu betreiben. Er unterstreicht, dass sich das Interesse des Kulturdezernates und des Kulturamtes primär auf den Erhalt der Spielstätte ausrichte.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.6 Bilanz zum 2. Kölner Elternkongress im Rautenstrauch-Joest-Museum 0935/2012

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.7 Kooperation der Museen in Bonn, Düsseldorf und Köln 0996/2012

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Zeitplan Eröffnung Historisches Archiv

Herr Dr. Soénus weist darauf hin, dass das Historische Archiv am Eifelwall laut Kulturentwicklungsplan 2015 eröffnet werde und fragt, ob die Verwaltung diesbezüglich dem Ausschuss Kunst und Kultur einen entsprechenden Zeitplan vorlege. Er weist darauf hin, dass das Magazin eines Archivgebäudes für die Dauer von zwei Wintern austrocknen müsse. Demnach sollte der Rohbau 2013 fertig gestellt sein.

Beigeordneter Prof. Quander sagt zu, das Anliegen entsprechend weiter zu leiten. Er macht darauf aufmerksam, dass man durch den erhobenen Widerspruch gegen die Vergabeentscheidung fast ein halbes Jahr verloren habe.

12.2 Visual Gallery

Herr Dr. Gellner zeigt auf, dass die KölnMesse die Visual Gallery aufgabe, welches sowohl von der regionalen als auch von der überregionalen Presse kritisch aufgenommen worden sei. Er fragt, ob die Kulturverwaltung auf Grund dieses Tatbestandes agieren werde. Schließlich sei Köln der wichtigste Standort in Deutschland für Fotokunst und künstlerische Fotografie.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass er diesbezüglich Gespräche mit der Köln-Messe führen wolle. Er sehe jedoch angesichts der momentanen Haushaltslage keine Möglichkeit dies aus städtischen Mitteln zu kompensieren.

12.3 Unterschutzstellung des Japanischen Kulturinstitutes

Herr Sörries fragt nach der Möglichkeit das Japanische Kulturinstitut gemeinsam mit dem Museum für Ostasiatische Kunst als Ensemble unter Denkmalschutz zu stellen.

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass es sich bei dem Museum für Ostasiatische Kunst um ein städtisches Gebäude handle und auf Initiative der Stadt Köln unter Denkmalschutz gestellt worden sei. Bei nichtstädtischen Gebäuden müsse man zunächst eine Einigung mit dem Eigentümer herbeiführen. Dies sei für das Japanische Kulturinstitut nicht geschehen. Er räumt ein, dass beide Gebäude zwar eine gewisse Verwandtschaft besitzen, jedoch nicht architektonisch als Ensemble geplant worden seien.

Herr Sörries bittet darum, den Denkmalwert des Gebäudes schriftlich darzulegen.

Herr Dr. Heinemann fragt, ob seitens der Stadt Köln das Interesse bestehe das Gebäude des Japanischen Kulturinstitutes unter Denkmalschutz zu stellen.

Beigeordneter Prof. Quander teilt mit, dass nach seiner Auffassung ein qualitativer Unterschied in der Architektur der beiden Häuser bestehe. Die Denkmalswürde müsse allerdings von Fachleuten geprüft werden.

12.4 Synagoge in Porz-Zündorf

RM Möller fragt nach der Unterschutzstellung der Synagoge in Porz-Zündorf. Sie weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Vorsitzende der Landschaftsversammlung und der Vorsitzende der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit dafür sprechende Argumente formuliert und sich damit schriftlich an den Oberbürgermeister wenden wollen.

Beigeordneter Prof. Quander teilt mit, dass ein entsprechendes Schriftstück noch nicht vorliege.

12.5 Kassensystem Kulturzentrum am Neumarkt

RM Möller erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Defizite im neuen Kassensystem im Kulturzentrum am Neumarkt (KAN). Sie verweist diesbezüglich auf eine Mitteilung im Rechnungsprüfungsausschuss.

Beigeordneter Prof. Quander erklärt, dass die meisten Mängel bereits beseitigt worden seien. Ein aktueller Sachstand werde sowohl dem Rechnungsprüfungsausschuss als auch dem Ausschuss Kunst und Kultur zur nächsten Sitzung vorgelegt.

12.6 Sidol-Gelände

Herr Sörries macht darauf aufmerksam, dass demnächst der Abriss des Sidol-Geländes beginnen soll. Er möchte wissen, ob das Sidol-Gelände unter Denkmalschutz gestellt worden sei und wie sich das Amt für Denkmalschutz in der Angelegenheit verhalten wolle.

Herr Krapp erklärt, dass das der Hauptbau des ehemaligen Fabrikgebäudes unter Denkmalschutz gestellt worden sei. Man habe jedoch dem Abbruch zugestimmt, weil die Bausubstanz sich auf Grund von Alterung, langem Leerstand und Vandalismus in einem sanierungsbedürftigen und in Teilbereichen schlechten Zustand befinde. Angesichts der Vorgaben des Bebauungsplanes sei keine Alternative zu einem Abbruch der entsprechenden Bauteile möglich. Es werde ein Neubau mit einer am Original orientierten Gestaltung entstehen.

12.7 Bodendenkmalpflege

Herr Dr. Heinemann regt an, die Entwicklung auf dem Gebiet der Bodendenkmalpflege in einer der nächsten Ausschusssitzungen darzustellen.

12.8 Beantwortung einer mündlichen Anfrage

Frau Brunn erinnert daran, dass die Verwaltung den betroffenen Fachausschüssen bezüglich des Heinrich-Böll-Platzes und Ma'alot einen aktuellen Sachstand vorlegen sollte. Dies sei bisher nicht geschehen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bittet darum, zur nächsten Sitzung den gegenwärtigen Sachstand mitzuteilen.

Herr Dr. Heinemann hält es außerdem für wichtig, die künftige Perspektive darzustellen.

Im Übrigen bittet der Ausschuss Kunst und Kultur darum, den Baudezernenten zur nächsten Sitzung einzuladen, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 14 Schwerpunktthemen**
- 15 Schriftliche Anfragen**
- 16 Schriftliche Anträge**
- 17 Allgemeine Vorlagen**
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 Mitteilungen der Verwaltung**
- 20 Mündliche Anfragen**

Der stellvertretende Vorsitzende Peil schließt die Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)

gez. Stefan Peil
(stellvertretender Vorsitzender)